



WOXX

déi aner wochenzeitung
l'autre hebdomadaire

1547/19
ISSN 2354-4597
2.50 €
27.09.2019



Hinhören, wenn's um Gehörlosigkeit geht

Seit 2018 werden hörgeschädigten Menschen in
Luxemburg mehr Rechte zugestanden. Es bleibt
aber noch viel zu tun.

Regards S. 7



EDITO

Gibt es noch Hoffnung? S. 2

Der Kampf gegen die Klimakrise ist
noch nicht verloren. Wir müssen jetzt
allerdings dringend über Alternativen
zum Kapitalismus reden.

NEWS

On touche le fond p. 3

Le Fonds de compensation préfère
rester discret sur ses investissements
pétroliers et autres, même s'il s'agit
d'argent public.

REGARDS

Netz ohne doppelten Boden S. 4

Was stimmt mit dem nationalen
Gesundheitssystem nicht? Über
interne Vorwürfe, zähe Verfahren und
zermürbende Schicksale.

SOZIALES



Nicole Sibener ist gehörlos.

© BOSHA BOHUMIL KOSTOHRZY

GEHÖRLOSE IN LUXEMBURG

„Mir sinn net den Dëlpes vum Déngscht“

Anne Schaaf

Die Anerkennung der deutschen Gebärdensprache im vergangenen Jahr bedeutet für die luxemburgischen Gehörlosen einen essenziellen Schritt in Sachen Visibilität. Sie verschafft ihnen Rechte, für die sie jahrelang gekämpft haben. Indes bestehen Probleme fort, die noch längst keine Ruhe einkehren lassen.

Der aktuelle Präsident des Dachverbands Solidarität mit Hörgeschädigten, Jacques Bruch, begrüßt die Anerkennung der deutschen Gebärdensprache. Er erinnert jedoch daran, dass diese Forderung schon mehr als ein Jahrzehnt im Raum stand und Luxemburg nicht als erstes Land über die Ziellinie schoss: „Es bildet eher das Schlusslicht. Luxemburg war eins der letzten europäischen Länder, welche die Gebärdensprache noch nicht anerkannt hatten. Nur wenige andere waren noch langsamer.“ In Bezug auf Barrierefreiheit habe das Großherzogtum nach wie vor Nachholbedarf,

wenn es den Anschluss nicht verlieren wolle, stellt der gehörlose Informatiker fest.

1997 wurde auf Kirchberg das europäische Behindertenforum abgehalten. Jacques Bruch war damals vor Ort: „Dort hieß es vonseiten anderer Länder, die luxemburgischen Behinderten seien verwöhnt und würden daher nicht genug fordern.“ Obwohl diese Aussage überspitzt daherkam, tut Bruch sie nicht als absolut unzutreffend ab: „Tatsächlich musste die Gemeinschaft lernen, Bedürfnisse zu erkennen und Rechte einzufordern.“ Die Anzahl politischer Aktivist*innen zum benannten Zeitpunkt ist in der Tat kaum vergleichbar mit jener, die man heute in Luxemburg vorfindet.

Dies liegt nicht zuletzt daran, dass gleich mehrere Generationen sich selbst politisieren mussten. Ähnlich wie in der luxemburgischen Regelschule stand und steht politische Bildung auch im Centre de logopédie (der einzigen und somit konkurrenzfreien Schule für Hörgeschädigte)

nicht im Vordergrund. Dennoch verweist der Direktor der Schule, Marc Schmidt, auf das Vorhandensein der sogenannten „Hörgeschädigtenkunde“, die das Ziel verfolge, „Selbstbewusstsein und eine stabile Identität zu entwickeln“.

Die Vereinigung der Gehörlosen und Schwerhörigen Luxemburg a.s.b.l. organisiert kleine Events, bei denen Gehörlose und Schwerhörige gemeinsam etwas unternehmen können. Trotz der Geselligkeit gibt es laut dem Präsidenten Pasquale Milano einige Wermutstropfen. Ihm wäre wichtig, dass mehr Interesse an der Politik bestünde. „Wir haben außerdem leider nicht mehr so viele junge Menschen unter uns“, selbstironisch grinsend fügt er hinzu: „Wir sind eher ein Seniorenclub.“ Der mittlerweile pensionierte Milano zeigt sich sehr beeindruckt von anderen Vereinen, welche sich dem Aktivismus für die Sache verschrieben haben. Hier nennt er unter anderem „daaflux“, dem Nicole Sibener angehört. Auf die Frage, ob

es sich bei Luxemburg um einen goldenen Käfig handle, wenn man als Gehörlose*r autonom agieren wolle, erwidert sie: „Vor 15 Jahren hätte ich diese Frage bejaht, aber heute ist das nicht mehr so. Die Türen sind leicht geöffnet. Man muss immer mehr sensibilisieren und die Menschen bitten, sie weiter aufzumachen.“

Auch wenn Aktivist*innen mittlerweile Erfolge wie die Anerkennung der deutschen Gebärdensprache in Luxemburg verbuchen können, bleibt das Problem bestehen, dass dieses Engagement überwiegend durch ehrenamtliche Arbeit gestützt wird. „Wenn wir das in Vollzeit ausüben könnten, kämen wir noch schneller voran“, nimmt Sibener an, „aber dadurch, dass viele von uns ganztätig arbeiten, bleibt nur die Freizeit, um sich für unsere Forderungen einzusetzen.“ Der Aktivistin scheinen Modelle wie jenes des deutschen Gehörlosenbunds um einiges sinniger. Wie bei ähnlichen Verbänden in der Schweiz und Österreich können sich dort ge-

SOZIALES



Pasquale Milano ist schwerhörig.

hörlose Mitarbeiter*innen als Festangestellte für Sensibilisierung einsetzen und Öffentlichkeitsarbeit machen.

Schneeballeffekt bleibt aus

Dass diese Arbeit gerade für Betroffene und Angehörige relevant ist, zeigen aktuelle Beispiele. Antoinette¹ hat einen gehörlosen Sohn sowie einen gehörlosen erwachsenen Bruder. Ihre Mutter habe sich lange Zeit von anderen anhören müssen, sie hätte dies und jenes tun müssen, wobei es zum damaligen Zeitpunkt noch keine Beratungsstellen gegeben habe, erzählt Antoinette. Für sie ist die Hörgeschädigtenberatung in Steinsel eine wichtige Anlaufstelle, aber von dieser erfuhr sie erst später, nachdem sie bereits eine Weile allein gekämpft hatte. Ihr Sohn kam gehörlos zur Welt und sie stellte fest, dass längst nicht jeder Ohren- oder Kinderarzt ihr zu dem Thema umfassend Auskunft geben konnte. Durch Zufall erhielt sie in der Apotheke von einem Mitarbeiter den Tipp, sich an eben jenen Kinderarzt zu wenden, der ihren Sohn auch heute noch begleitet.

Antoinette kritisiert, dass ein Großteil der Informationsbeschaffung in Eigenregie oder im Austausch mit anderen Betroffenen stattfinden muss. „Der Schneeballeffekt ist noch nicht da“, ergänzt sie und bedauert, dass staatliche Institutionen sowie viele Ärzt*innen scheinbar nicht über das notwendige Wissen und Infomaterial verfügen, das sie Eltern mit auf den Weg geben können.

Der Informationszugang im Allgemeinen bleibt ein Problem. Die drei

Amtssprachen würden die Situation erschweren, so Nicole Sibenaler: „Man muss diese respektieren und keine davon diskriminieren“, aber die Gehörlosengemeinschaft müsse stetig darauf aufmerksam machen, dass gehörlose Menschen in Luxemburg nun mal Deutsch lernen und demnach Probleme haben könnten, sich autonom zu informieren, weil zahlreiche Informationen exklusiv auf Französisch abrufbar sind. Laut Pasquale Milano herrschen auch innerhalb der älteren Gemeinschaft manchmal noch Missverständnisse vor in Bezug auf Rente und Pflegeversicherung, die man nur beheben kann, wenn die verfügbaren Informationen dazu auch verständlich sind.

Zwar könne man beispielsweise bereits Chamber-Sitzungen per Gebärdensprachübersetzung mitverfolgen, aber hier komme ein weiterer Knackpunkt auf, fährt Sibenaler fort: In Luxemburg gibt es derzeit nur zwei Gebärdensprach-Dolmetscherinnen, die aktuell im Centre de logopédie arbeiten. Der Schule stehen aber durch das neue Gesetz fünf zu, da hörgeschädigte Kinder nun nicht nur die Gebärdensprache von der Pike auf lernen können, sondern ebenso ein Recht auf das Dolmetschen aller anderen Fächer haben. Marc Schmidt verneint im Gespräch mit der woxx nicht, dass die Anzahl der Fachkräfte in diesem Bereich nicht hoch ist, verweist jedoch darauf, dass man sich bereits mit Student*innen der Gebärdensprachübersetzung im Gespräch befinde.

Solange es nicht ausreichend luxemburgische Dolmetscher*innen gibt, muss außerhalb des Schulkon-

texts auf Dolmetscher*innen aus dem Ausland zurückgegriffen werden, was zusätzliche Arbeit erfordert, da das Gesagte für diese erst von Luxemburgisch auf Deutsch übersetzt werden muss, damit sie es dann in Gebärden ausdrücken können. Sibenaler gibt zu bedenken, dass man ausländischen Dolmetscher*innen Sprachkurse in den Amtssprachen ermöglichen könnte, die sie noch nicht beherrschen. Auch wäre es ihrer Auffassung nach interessant, Dolmetscher*innen in Luxemburg auszubilden. Bis dies jedoch möglich sei, würde noch viel Zeit ins Land ziehen.

Hurra die Schule flennt

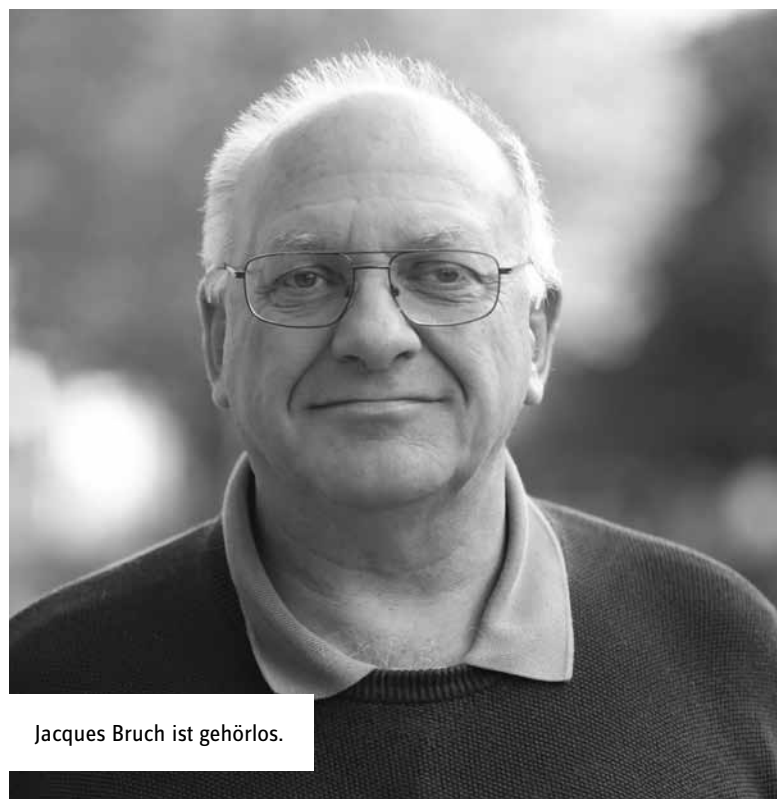
Da mit der Anerkennung der deutschen Gebärdensprache auch das Recht einhergeht, bei Behördengängen von einem*r Übersetzer*in begleitet zu werden, stellt sich die Frage, ob dies personell überhaupt möglich sein wird. Hier weist das Familienministerium darauf hin, dass dieses Angebot bereits seit 2014 besteht und seither keine Termine abgesagt werden mussten. Nachdem nun ein Jahr lang auf Dolmetscher*innen aus dem Ausland zurückgegriffen werden musste, werde nun eine festangestellte Gebärdensprachdolmetscherin bei der Hörgeschädigtenberatung, mit der das Ministerium eine Konvention hat, eingestellt. Diese wird hörgeschädigte Personen auf Anfrage auch zu privaten (also beispielsweise Arzt-) Terminen begleiten.

Als der Arbeitgeber der Seelsorgerin Maisy sie in den 90er Jahren darüber informierte, dass man jemanden für einen Job brauche, der sicherlich

nicht einfach werden würde, war für sie klar „das mach ich“. Was sie hatte, als sie im Centre de logopédie ankam und Religion bei den Kleinen unterrichten sollte, lässt sich leicht zusammenfassen: „nämlich nichts“. Maisy beherrschte weder die Gebärdensprache, noch standen ihr Materialien zur Verfügung. Also bat sie darum, an einem Gebärdensprachkurs teilnehmen zu dürfen, und setzte sich daran, die Inhalte, die sie vermitteln wollte, minutiös zu erarbeiten.

Mit der Zeit habe sie viel dazu gelernt, herausgefunden, wo man im Ausland Lehrmaterialien bestellen kann und vor allem einen Zugang zu den Schüler*innen aufgebaut, zu denen sie zum Teil noch heute Kontakte pflegt. Da es damals noch keine Beratungsstelle für Hörgeschädigte samt Dolmetscher*innen gab, begleitete sie unter anderem auch Kinder bei Gericht, um zu übersetzen. Ungern erinnert sie sich an jenen Fall, bei dem sie einem Kind dolmetschen musste, dass der Vater die Mutter umgebracht hatte. Sie gesteht, dass dies sie sehr belastet habe, aber es nichtsdestotrotz wichtig gewesen sei, dem Kleinen beizustehen.

Mittlerweile hat sich die Situation geändert und doch bleiben Kritikpunkte. Zwar wird gemeinhin begrüßt, dass immer mehr gehörlose Kinder neben dem Centre de logopédie auch die Regelschule besuchen, aber häufig wird die Inklusion hier nicht fertig gedacht und die Lehrkräfte, welche die jungen Gehörlosen betreuen sollen, sind überfordert, da es ihnen an Grundkenntnissen im Umgang mit den hörgeschädigten Kin-



Jacques Bruch ist gehörlos.

© BOSHA BOHUMIL KOSTOHRZY

dem fehlt. Antoinettes Sohn besucht einmal wöchentlich die Regelschule. Sie machte wie wohl auch viele andere Eltern die Erfahrung, dass manche negative Situationen keineswegs bösem Willen, sondern viel mehr Unwissenheit entspringen. Sie stellt fest, dass hier noch ein großer Bedarf besteht, der nur befriedigt werden kann, wenn das Personal nicht allein gelassen wird mit der auferlegten Aufgabe: Auch die Lehrer benötigten eine Hilfestellung und brauchten Zeit, um etwas dazuzulernen, betont sie.

Der Direktor des Centre de logopédie, Marc Schmidt, nennt hier die Fachkräfte des sogenannten „service ambulatoire“, die rund 90 hörgeschädigte Schüler*innen in unterschiedlichen Abständen in luxemburgischen Regelschulen betreuen sowie jährlich angebotene Fortbildungen für Lehrkräfte als potenzielles Hilfsangebot. Er gibt jedoch zu, dass die Resonanz gerade bei Letzterem sich nicht gerade im exorbitanten Bereich bewegt.

Wie viele andere Hörgeschädigte seiner Generation, wurde auch Pasquale Milano darauf getrimmt, sich lautsprachlich auszudrücken, und erlernte erst später die Gebärdensprache. Gelernt habe er in seiner Schulzeit nicht viel, stellt er nüchtern fest. Die Entwicklungen im Bildungsbereich, die gehörlose Kinder angehen, bewertet er unter Vorbehalt positiv: „Gehörlos zu sein, bedeutet heutzutage nicht mehr, dass man ein Problem hat, etwas zu lernen. Es gibt gehörlose Ärzt*innen, Anwalt*innen oder Chirurg*innen. Aber es hat trotzdem nicht jeder das gleiche Niveau. Ich finde es gut, dass Kinder in die Re-

gelschule gehen, aber es ist trotzdem nicht für jeden leicht.“ Dem schließt sich Antoinette an: „Eltern von gehörlosen Kindern müssen auch lernen, dass nicht jede Hörproblematik die gleiche ist.“ Immer noch werde vergessen, dass Gehörlosigkeit sich von Mensch zu Mensch unterschiedlich auswirken könne und man niemals alle über einen Kamm scheren dürfe.

Barrieren bei Arbeit

„Früher waren die Klassen zu durchmischt“, erinnert sich Milano in Bezug auf das Centre de logopédie. Bruch vertritt den gleichen Standpunkt: „Durch diese unterschiedlichen Niveaus riskierte man ein Auseinanderdriften innerhalb der Klassen.“ Dies berge Nachteile. Sowohl für Lehrkräfte als für die Schüler*innen. Schmidt bejaht dies nur teilweise mit Blick auf die Tatsache, dass rund 35 Kinder und Jugendliche mit Hörproblemen im Centre de logopédie eingeschult sind, was ungefähr drei bis vier Kinder pro Jahrgang in der Grundschule (C1-C4) ausmacht: „Demnach liegt es auf der Hand, dass eine Homogenität innerhalb der Klassen nicht möglich - respektive nur selten - gegeben ist. So gestaltet sich die Arbeit nicht einfach, aber eine heterogene Gruppe hat auch Vorteile, da einer von dem anderen in verschiedenen Entwicklungsbereichen lernen kann.“

„Mein Wunsch war es eigentlich Chemielaborantin zu werden“, erzählt Marie-Jeanne Kremer rückblickend. „Die Noten waren jedoch nicht ausreichend dafür.“ Ein Lehrer habe ihr

vorgeschlagen, ins Druckereiwesen zu gehen, da es sich dabei um einen sicheren Job für die Zukunft handle. Jetzt ist die Druckerei, für die sie gearbeitet hat, pleite und sie arbeitslos. Im Rahmen der Recherchen für diesen Artikel stellte sich mehrfach heraus, dass die Ausbildungs- und Berufsempfehlungen, die gegenüber gehörlosen Menschen ausgesprochen werden, häufig einseitig sind. Scheinbar wird oft nicht individuellen Kompetenzen Rechnung getragen, sondern tief in die Klischee-Kiste gegriffen. So soll hörgeschädigten Menschen noch immer geraten werden, das Buchbinderhandwerk zu erlernen, obwohl dieser Beruf (bedauerlicherweise) immer mehr von der Bildfläche verschwindet.

Ein weiteres Problem, das in Bezug auf den Arbeitsmarkt aufkommt, lässt sich anhand einer Bemerkung von Pasquale Milano erklären: „Früher konnten Gehörlose eigentlich alles machen. Heute nicht mehr. Ich kenne hörgeschädigte Personen, die bei einer Gemeinde arbeiten, aber nicht mehr auf Leitern klettern dürfen.“ Laut Joël Delvaux vom „département des travailleurs handicapés“ des OGBL ist dies nicht unüblich - wenn auch nicht legitim. Denn allein Arbeitsärzt*innen dürften festlegen, welche Tätigkeiten jemand nicht mehr ausführen dürfe. Jedoch finde man häufig eine Art fürsorgliches Bemuttern vor, was zwar nicht böse gemeint sei, aber letztlich Nachteile für die Arbeitnehmer*innen sowie die Arbeitgeber*innen mit sich bringe. Aus der Angst heraus, es könnte etwas passieren und jemand für even-

tuelle Verletzungen belangt werden, halte man den*die Arbeitnehmer*in quasi davon ab zu beweisen, wo seine*ihre Fähigkeiten liegen. Zudem solle man eventuell für Missmut bei Arbeitskolleg*innen, welche eine Bevorteilung und ein zusätzliches Arbeitspensum witterten.

Bedauerlicherweise habe er im Rahmen seiner Tätigkeit als Gewerkschaftsvertreter für Menschen mit Beeinträchtigungen mehrere Fälle betreut, in denen dies dramatische Konsequenzen für die Betroffenen hatte, die unberechtigterweise zum „Délaps vum Déngscht“ degradiert worden seien. „Das ist kontraproduktiv, da das Gesetz, mit dem der 'statut du travailleur handicapé' zusammenhänge, das Gegenteil beabsichtige. Dieses ziele darauf ab, Ängste auf beiden Seiten abzubauen. Wenn aber der eigentliche Zweck des Gesetzes, nämlich die berufliche Inklusion, dabei vergessen werde, verfehle das gesamte Konzept seinen Sinn, so Delvaux. Demnach plädiere der OGBL für eine Art Job coaching, also eine Begleitung der Person sowie der neuen Kolleg*innen am Anfang, um Missverständnisse zu verhindern und einen guten gemeinsamen Start zu ermöglichen.

1 Name von der Redaktion geändert.

Anmerkung in eigener Sache:
Dieser Artikel entstand im Auftrag der HörgeschädigtenBeratung. Anne Schaaf wurde als Journalistin engagiert, hatte jedoch während des gesamten Projekts freie Hand über die Interviewfragen sowie den endgültigen Text.